Deutschland wohlgesinnt ist, so ist es unmöglich, daß die englische Regierung Deutschland übelgesinnt wäre. Wenn aber die „deutsche Nation", mag sie nun durch Kronsbein und Liman oder durch Bachmann und Stein vertreten sein, heute tausend Freundschaftseide schwört, so tut sie das nur, weil sie dazu die hohe obrigkeitliche Genehmigung erhalten hat. Morgen ein Pfiff von oben, und sie wird bellen und die Zähne fletschen. Diese „deutsche Nation" weiß nie, welche auswärtige Politik mit ihr getrieben wird, ist aber bereit, jede gutzuheißen; denn jede Eselei, wenn sie einmal geschehen, zu loben und alles auszufressen, was die Diplomatie ohne Wissen und Willen der Nation ihr eingebrockt hat, gilt als ein Gebot der nationalen Ehre.

Aus solchen und vielen anderen Gründen erklärt es sich auch, warum ein großer und nicht mehr ganz einflußloser Teil der deutschen Presse an dem deutsch-englischen Vergnügen nicht teilnimmt, nämlich die sozialdemokratische Presse. Sie hat keine Zeit, Feste zu feiern, weil sie zu viel Arbeit hat, um das richtigzustellen, was von den Festrednern der englisch-deutschen Verbrüderung gestern oder vorgestern gegen das „perfide Albion" gehetzt und gelogen worden ist. Die reisenden Engländer bekommen freilich auf diese Weise nichts von der einzigen Partei und nichts von jenem Teil des deutschen Volkes zu sehen, der allezeit jede provokatorische antienglische Politik mit der allergrößten Konsequenz und Entschiedenheit bekämpft hat.

Der bayrische Landtagswahlblock.

g. Die Situation bei den demnächst stattfindenden bayrischen Landtagswahlen ähnelt, was den taktischen Aufmarsch der Parteien anbelangt, sehr der bei den letzten Reichstagswahlen. Die ganze bürgerliche „Ordnung" zieht — abgesehen von einigen lokalen Unstimmigkeiten — geschlossen in die Wahlschlacht unter dem Feldgeschrei: „Gegen schwarz und rot!" Nationalliberale, Freisinnige, Demokraten und Nationalsoziale haben einen Block gebildet, dessen Macher eifrig bemüht sind, alle möglichen Parteigebilde und -Gebildchen als Hilfstruppen heranzuziehen. Dem Liberalismus hat sein „Erfolg" bei der Hottentottenwahl gewaltig den Kopf verdreht; er ist der Meinung, daß der Ausgang jenes Kampfes die „Wiedergeburt des Liberalismus" eingeleitet habe und daß die „Werbekraft des liberalen Gedankens" auch bei den Wahlen zum bayrischen Landesparlament Wunder wirken werde. So schicken sich denn die Leutchen an, einen liberalen Sturm auf das Bayernland zu unternehmen.

Das Ziel des Blockes ist, wie er behauptet, das Uebergewicht des Zentrums in Bayern zu brechen. Deshalb wurde in den „Wahlrichtlinien" festgelegt, daß in allen Kreisen, in denen Aussicht auf Erfolg vorhanden sei, in die Wahl einzutreten, dagegen dort, wo ein liberaler Kandidat keine Aussicht habe, gewählt zu werden, der dem Block zunächst stehende Kandidat zu unterstützen sei. Es steht ihm aber alles „am nächsten", was nicht rot oder schwarz ist. Er sucht beständig die Wähler durch die Behauptung von der Existenz eines schwarzroten Bündnisses zu alarmieren und findet nicht Worte genug, um den Abscheu auszudrücken, den ihm dieses „schmachvolle", gar nicht bestehende Bündnis einflößt. Dabei hat er sich aber selbst die widerlichsten Kuhhandelschaften geleistet. Alles, was mitmachen will, wird mit offenen Armen aufgenommen und bekommt entsprechenden Lohn in Gestalt von Mandaten in Aussicht gestellt. So bietet der Block den Anblick einer äußerst bunten Musterkarte aller möglichen Parteien dar.

Dabei ist aber die Einigung des „gesamten Bürgertums" doch nicht überall gelungen, so daß sich in dem einen Kreise wütend bekämpft, was sich in dem andern innigst in den Armen liegt. In der Rheinpfalz ist ein Bündnis mit dem Bund der Landwirte zustande gekommen, durch das die ganze fröhliche Pfalz erobert werden soll, bis auf ein paar Mandate, die man sich doch nicht dem Zentrum oder der Sozialdemokratie abzunehmen zutraut. In den beiden altbayrischen Provinzen und in Unterfranken paktiert der Block mit den Bauernbündlern, in Oberfranken mit Bauernbündlern, dem Bund der Landwirte und den Mittelständlern. Fast überall beziehen sich die Abmachungen auch auf die Konservativen. Nur in Mittelfranken hat sich die liberal-konservativ-bündlerische Entente zerschlagen, weil man sich über die Verteilung der erst noch zu erlegenden Beute nicht handelseinig werden konnte.

Eine besonders bunt gemischte Gesellschaft hat sich in der alten sozialistischen Hochburg Nürnberg im Block zusammengefunden. Gemeinsam mit den „liberalen" Richtungen und den Demokraten gehen die Nationalsozialen, Konservativen, Mittelständler usw. gegen die Sozialdemokratie vor. Das Zentrum hat Wahlenthaltung proklamiert. Von den sechs Wahlkreisen, die die Stadt Nürnberg bildet, will der Block mindestens vier an sich reißen. Die Kandidaturen wurden so verteilt, daß drei auf die Freisinnigen und je eine auf die Nationalliberalen, Nationalsozialen und Mittelständler kommen. Die Mittelständler, die noch bei der letzten Reichstagswahl selbständig vorgingen und den Liberalismus bekämpften, konnten nur dadurch gewonnen werden, daß man ihnen einen Kreis überließ, der für den Block als ganz sicher gilt. Der Kandidat ist ein ganz verbohrter Innungszopf und hat oft die reaktionärsten Anwandlungen. Mit ihm erregte der Block bei den Demokraten Anstoß, die ohnedies sehr gereizt sind, weil sie bei Verteilung der Kandidaturen leer ausgingen und auch in Fürth, wo sie sich ebenfalls dem Block zur Wahlhilfe verpflichtet haben, auf die Seite gesetzt wurden. Sie beschlossen, in allen Wahlkreisen die Blockkandidaten zu unterstützen, dagegen im ersten Wahlkreise, wo der Mittelstandsmann aufgestellt ist, Wahlenthaltung zu üben.

Einen ähnlichen Konflikt gab es mit den Nationalsozialen, denen die Kandidatur im sechsten Wahlkreise zugebilligt wurde. Der Kreis besteht aus reinen Arbeitervierteln, es wohnen aber auch viele Angestellte der staatlichen Verkehrsanstalten dort. Da fiel den Freisinnigen ein, daß sie in dem Kreise gute Geschäfte machen könnten, wenn sie einen Verkehrskandidaten aufstellen würden. Dem stand aber der nationalsoziale Kandidat im Wege. Er wurde durch eine kleine Intrige beseitigt. In zwei Tagen brachte man 1200 Unterschriften von angeblichen Verkehrsangestellten zusammen, die den Rücktritt des Nationalsozialen und die Aufstellung des schon in einem anderen Kreise aufgestellten freisinnigen Postsekretärs Bengert forderten. Nachdem die Treibereien zu arg wurden, trat der Nationalsoziale zurück und seine Partei beschloß für alle anderen Blockkandidaten einzutreten, dem Freisinnigen Bengert aber ihre Wahlhilfe zu versagen.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß man ursprünglich auch die Sozialdemokratie nicht ungern in den Block einbezogen hätte. Die Frankf. Ztg. hat sich schon im vorigen Jahre von einem solchen Zusammengehen goldene Berge versprochen, und die weit rechts stehende nationalliberale Augsb. Abendztg. hat es so hingestellt, daß das gemeinsame Interesse von Liberalen, Sozialdemokraten und Bauernbündlern es erfordere, Schulter an Schulter gegen das Zentrum zu kämpfen. Nachdem aber die Sozialdemokratie keine Geneigtheit zeigte, sich in eine solch gemischte Gesellschaft zu begeben, wurde sie als die „kulturfeindlichste" Partei bezeichnet und der Kuhhandelschaft mit dem Zentrum bezichtigt.

Das Programm des liberalen Blocks ist ängstlich darauf zugestutzt, nirgends anzustoßen, besonders nicht bei den gläubigen Katholiken, die man dem Zentrum abspenstig machen zu können hofft, weshalb man sich auch einen katholischen Geistlichen, den Pfarrer Grandinger in Nordhalben, als liberalen Renommierkandidaten leistet. Es ist ergötzlich, zu sehen, wie fromm der Liberalismus in Bayern mit einem Male geworden ist, wie pathetisch er stets seine Religionsfreundschaft betont und wie feierlich er sich gegen den Verdacht verwahrt, er wolle durch die Forderung der Simultanschulen die Religion aus der Schule verbannen. Die Forderung solle nur für gemischtkonfessionelle Bezirke gelten, in den rein konfessionellen Gegenden hat er nichts dagegen, wenn der Pfarrer unumschränkter Herrscher in der Schule bleibt. Auch ihre politischen Forderungen haben die Liberalen zum Teil stark nach rechts revidiert. Sie, die sonst nicht genug gegen das Schleifzeug am bayrischen Staatswagen, die Kammer der Reichsräte, d. i. das bayrische Herrenhaus, wettern konnten, fordern jetzt nicht mehr deren Beseitigung, sondern eine ganz zahme „Reform", die in der Zuziehung von Vertretern der Universitäten und der Städte und Zuwahl von Abgeordneten der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie, des Handwerks und der Arbeiter bestehen soll, also eine Ständekammer, wie sie im Buche steht. Damit tritt der Liberalismus für die Verewigung dieses unnützen Instituts ein.

Den Konservativen und Bündlern zuliebe wurden die freihändlerischen Grundsätze stark zurückgedrängt. Auch die Arbeiter sucht man zu ködern, indem man den „Arbeiterinteressen" in dem Programm ein ganzes großes Kapitel gewidmet hat. Die Blockleute haben sich seit den letzten Reichstagswahlen lebhaft bemüht, überall liberale Arbeitervereine als Schutztruppen der Blockpolitik zu gründen, womit sie aber nur in einigen ländlichen Bezirken einen zudem ganz kläglichen Erfolg hatten. Der Landesverband dieser liberalen Arbeitervereine hat in den letzten Tagen einen Aufruf an die Arbeiter erlassen, worin er den letzteren eine ganz außerordentliche Naivetät zutraut. Da das Blockprogramm eine Reihe „sozialer Forderungen" enthalte, könnten die Arbeiter getrost für den Block stimmen. Auch in den Versammlungen wird eifrig um die Stimmen der Arbeiter geworben und diesen plausibel zu machen gesucht, daß eine eigene Arbeiterpartei unnötig sei, da die Arbeiter in den Kreisen der Liberalen vollkommen Platz finden und ihre Interessen nach jeder Richtung hin vertreten würden. Liberale Scharfmacher und Arbeiter, die in holder Eintracht „Arbeiterinteressen vertreten" — das ist wirklich ein Schauspiel für Götter!

Die Kadetten als Geschäftsführer der Reaktion.

Die Interpellation der Rechten über das „Komplott" gegen den Zaren gab den Kadetten die ersehnte Gelegenheit, ihre Loyalität und ihren Monarchismus effektvoll zu bekunden. Es genügte nicht, daß die Kadetten während der letzten Monate in ihrer Presse eine Hetze gegen die Sozialdemokratie eröffnet hatten, wie sie schamloser schwerlich gedacht werden kann; es mußte durch „Taten" bewiesen werden, daß sie, die treuergebenen Vertreter der „russischen Gesellschaft", nicht das geringste gemein hätten mit den Vertretern der Linksparteien. Dazu bot das im Polizeidepartement ausgebrütete „Komplott" gegen den Zaren die beste Gelegenheit. Die „gelehrten" und „erfahrenen" Kadetten sahen nicht, daß eigentlich gar kein Grund vorlag, dem Zaren treuergebene Gefühle zu bekunden, denn Stolypin selbst hatte in seiner Rede die Gerüchte über das Komplott als ungemein aufgebauscht erklärt. Diese Tatsache war den Kadetten diesmal gleichgültig, denn sie wollten eine Gelegenheit haben, ihre Loyalität effektvoll zu demonstrieren. Und darin muß ihnen Gerechtigkeit widerfahren: als schlaue Parlamentarier verstanden sie es, den Rechten und Gemäßigten, den „Antistiern" der Interpellation mit ihrer Resolution zuvorzukommen und sie zu veranlassen, ihre Stimme für sie abzugeben, während die Resolution der Rechtsparteien selbst gar nicht zur Abstimmung gelangte. Die Kadetten haben dadurch ihr Ziel erreicht: am Hofe wird kundgetan werden, daß es ihre Resolution war, die treuergebene Gefühle ausdrückte.

Dieser Schritt war ihnen jedoch noch zu wenig. Einer ihrer einflußreichsten Führer, Maklakow, wollte mit einem Schlage zwei Fliegen erschlagen und beantragte deshalb in der Fraktionssitzung, ein Amendement mit der Verurteilung des politischen Terrors überhaupt in die Resolution aufzunehmen. Der Schritt, der von den Rechtsparteien schon lange von ihnen verlangt wird, sollte bei dieser Gelegenheit getan werden, um jede Gemeinschaft mit der verhaßten Revolution endgültig abzuleugnen und durch offenen Uebergang zur Konterrevolution ihre Regierungsfähigkeit darzutun. Doch dagegen empörte sich sogar ein Teil der Kadetten selbst (Teslenko, Kiesewetter, J. Hessen, Petrament u. a. — im ganzen gegen 20) und drohte, bei Annahme dieses Amendements den Sitzungssaal zu verlassen, was zur Beschlußunfähigkeit der Duma geführt hätte. Das demonstrative Fernbleiben der gesamten Linken hatte die Zahl der anwesenden Dumamitglieder ohnehin etwa bis zur Hälfte reduziert.

Dafür sollte aber bei anderer Gelegenheit Revanche genommen werden. Als die Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre in derselben Sitzung eine Interpellation über die Haussuchung in den Räumen der sozialdemokratischen Fraktion einbrachten, hielten die Kadetten es mit ihrer neuen Würde der Hofknechte der Reaktion nicht vereinbar, für die Immunität der Dumaabgeordneten einzutreten. Es waren ja Sozialdemokraten, bei denen gesucht worden war und die von den Polizeichargen mit Revolvern bedroht wurden! Mochten diese selbst für die Würde der Volksvertretung eintreten und gegen die Minister vorgehen, die mit eiserner Stirn jede Ungesetzlichkeit in der Handlungsweise der Polizei ableugneten, ja, sogar die Frechheit hatten, diese gesetzlich zu begründen! Die Kadetten blieben stumm; ihre gelehrten Juristen hielten bei der unglaublichen juristischen Klopffechterei der Minister mäuschenstill . . . denn es galt ja, den Eindruck, den sie soeben durch ihre Loyalität erreicht hatten, nicht zu verwischen . . .

So führt die „reale Politik" der Kadetten mit jedem Tage zu neuem Verrat gegen die elementarsten Grundsätze der Demokratie, zu neuer Einschränkung der Kompetenz der Volksvertretung und zur „Paarung" der „unentwegtliberalen" Geistes der Kadetten mit den reaktionären Tendenzen Purischkewitsch' und Konsorten.

Deutsches Reich.

Die Trauerode eines „Gepaarten".

In der Wiener Zeit jammert Herr v. Gerlach, der die „berühmte" freisinnige „Pfingsterklärung" eigenhändigst mit unterzeichnete:

„Ueber Ueber haben die Freisinnigen dem Bülowschen Blockgedanken gebracht. Und was haben sie dafür eingetauscht? Ein paar vage Versprechungen des Kanzlers, von denen auch nicht eine der Verwirklichung nahe erscheint. Weder im Reiche noch in Preußen ist in den letzten Monaten auch nur eine Nuance liberaler regiert worden als zuvor. Jeder Tag der Etatsdebatten legte davon Zeugnis ab. Wieder wie in früheren Jahren weigerte sich der Staatssekretär des Reichspostamtes ohne einen Schatten von Grund, den Postunterbeamten einen Reichsverband zu gestatten. Wieder mußte beim Reichs-Justizamt trotz des schreienden Bedürfnisses nach Reformen eine absolute Stagnation der gesetzgeberischen Arbeit konstatiert werden. Wieder wurde beim Reichsamt des Innern vergeblich die Forderung nach einer Sicherung des Koalitionsrechtes für die Industriearbeiter und nach der Ausdehnung des Koalitionsrechtes auf die Landarbeiter erhoben. Und in Preußen gar! Da herrscht noch immer im Kultusministerium das finstere Regime Studt, das die Schule im Banne der Kirche hält und fast jeden Tag der Kultur einen neuen Schlag versetzt. Da fraternisieren noch ununterbrochen die Konservativen mit dem Zentrum, als existierte für sie die Bülowsche Paarungspolitik überhaupt nicht. Da denkt die Regierung noch immer nicht an die bescheidenste Verbesserung der elenden öffentlichen Klassenwahl, des infamsten Wahlrechtes, das in Europa existiert. Der Reichskanzler Fürst Bülow denkt wenigstens über Reformen nach. Der preußische Ministerpräsident Fürst Bülow aber handelt einfach agrarisch-reaktionär, wie er es seit sieben Jahren ununterbrochen getan hat.

Nun ist der Reichstag bis zum Herbst in die Ferien gegangen. Die liberalen Abgeordneten treten mit leeren Händen vor ihre Wähler. Sie können höchstens auf die von der Regierung eingebrachte, aber noch nicht einmal in erster Lesung verhandelte Vorlage wegen der „Abschwächung" des Majestätsbeleidigungsparagraphen verweisen. Aber auch diese Vorlage stellt nur eine Scheinkonzession an den Liberalismus dar. Denn während bekanntlich bisher alle Majestätsbeleidigungen verfolgt werden mußten, sollen in Zukunft nur die Personen gefaßt werden, die „böswillig und mit Bedacht" der Majestät zu nahe getreten sind. Mit solchem Raisonnement ist wieder der Klassenjustiz Tür und Tor geöffnet. An die Stelle eines überalten allgemeinen Gesetzes tritt ein gefügiges Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie. Eine solche „Reform" als liberale Errungenschaft auszuposaunen, dazu würde ein Uebermaß liberaler Bescheidenheit gehören.

Tatsächlich hat also die erste Session des neuen Reichstags unter dem Zeichen hoffnungsloser Unfruchtbarkeit gestanden. Kein Wunder! Wenn man so disparate Elemente zu paaren versucht, wie es Konservativismus und Liberalismus sind, so muß das Ergebnis Null sein. Den Konservativen schadet das nichts. Sie sind gewohnt mit agrarisch-reaktionären Gesetzen bis oben hin. Aber der Liberalismus, der weder Opposition macht, noch an der Regierung beteiligt ist, muß dabei austrocknen. Er kann erst dann wieder Früchte sehen, wenn er dem Gedanken an das unnatürliche Bündnis mit der Reaktion Valet gegeben hat."

In der „berühmten" Pfingsterklärung sang die liberale Blocktreue andere Lieder. Hat Herr v. Gerlach vielleicht vergessen, daß auch sein Name das Aktenstück der „Unentwegten" ziert?

Dernburgs Männer.

Ueber die Neuorganisation der Kolonialverwaltung hat Kais Staatssekretär Dernburg gegen den Berliner Korrespondenten der Neuen Freien Presse ausführlich geäußert, um die Zusammensetzung des Reichskolonialamts vor den in der Oeffentlichkeit erhobenen Bedenken zu rechtfertigen. Die Berufung v. Lindequists zum Unterstaatssekretär suchte Dernburg damit zu verteidigen, daß das Kolonialamt, wenn nicht an erster, so doch an zweiter Stelle eine Persönlichkeit haben müsse, die lokale Sachkenntnis und zugleich Autorität im Parlament genießt.

Für den neuen Gouverneur in Südwestafrika, v. Schuckmann, machte Exzellenz Dernburg geltend, daß er mit ihm schon seit dem Jahre 1885 bekannt und daß Schuckmann außerdem mit Lindequist seit langem befreundet sei. Diese Bekanntschaft und Freundschaft leiste, so behauptete Dernburg mit einer wenig verständlichen Logik, Gewähr für den einheitlichen kräftigen Ausbau, die Entwicklung gesunder deutscher Institutionen und die Pflege deutscher Gesinnung im Schutzgebiet. Der Staatssekretär brachte auch noch weitere Gründe für diese Ernennung: der neue Gouverneur kenne die von England geübte Praxis, wie die eingeborenen Elemente physisch und moralisch rehabilitiert werden. Ferner sei er als praktischer Landwirt in der Ackerbau- und Viehzuchtkolonie Südwestafrika gut zu gebrauchen.

Schließlich verteidigte sich Herr Dernburg noch gegen den Vorwurf, daß er keinen Kaufmann in das Kolonialamt berufen habe. Er meinte in dieser Beziehung, bei der „verhältnismäßig geringen" Besoldung der Kolonialbeamten und dem strikten Unterordnungsverhältnis unter den Chef würden geeignete Aspiranten aus dem Kaufmannsstande schwer gefunden werden können.

„Aber abgesehen davon ist es im hohen Grade zweifelhaft, ob selbst opferfreie Kaufleute, die es auf sich nehmen würden, im Interesse der Sache in der Zentralverwaltung in eine vierte und fünfte Stelle einzurücken, denjenigen Anforderungen entsprechen könnten, die von einer solchen Tätigkeit nicht getrennt werden können. Was Deutschland von seinen Kolonien erwarten muß, ist eine ordentliche Verwaltung, eine der Heimat gleiche Rechtssicherheit, eine vorausschauende und verständige Eingeborenenpolitik, ein geordnetes Beamtenwesen und diejenigen hygienischen und sanitären Einrichtungen, welche in den meisten tropischen Kolonien allein ein längeres Verweilen des Europäers gestatten. In all diesen Dingen ist für eine rein kaufmännische Betätigung, das heißt für einen Erwerb für Rechnung des Fiskus, gar kein Platz. Dazu gehören staatsrechtlich und technisch verwaltungsrechtlich und hygienisch ausgebildete und im Schutzgebietsdienst erfahrene und vorgebildete Personen, die verstehen und zu lesen wissen, was ihnen aus dem Schutzgebiet berichtet wird. Darin unterscheidet sich gerade die Natur einer Zentralbehörde von einer Schutzgebietsverwaltung, die sehr viel mehr geeignet ist, kaufmännische Talente zu verwenden. Dort sollen sie auch in möglichstem Umfange verwendet werden. Aber auch solche Talente müssen erzogen werden und von der Pike auf dienen, und es ist unmöglich, sie von vornherein in leitende Stellungen zu bringen."

Aus diesen Bemerkungen sieht man, wie die Freisinnige Zeitung klagend bemerkt, in welchem Umfange sich Herr Dernburg bereits der Bureaukratie assimiliert hat. Warum für eine vorausschauende und verständige Eingeborenenpolitik, Ordnung des Beamtenwesens und Schaffung von hygienischen und sanitären Einrichtungen gerade der Assessor der gegebene Mann sein soll, ist schwer einzusehen, wenn man eben nicht wußte, daß nach der in Preußen herrschenden Anschauung der Assessor „alles kann".

Es ist schon so: der Jubel des Niederreitens ist rasch verflogen. Und die Lorbeerkränze, so man dem Dattelritterherrn flocht, als er wanderredend in Kolonialenthusiasmus machte, hängen verstaubt in Winkeln. Die „Siegesstimmung" der Gepaarten leidet bedenklich an „Mottenfraß".

„Material" für den Reichsklägerverband.

In Kirchleiba bei Zeitz hat der Arbeiter Ewald Rosenberg den Arbeiter Franke aus Döschwitz am Mittwoch vor Pfingsten im Streite erstochen. Flugs haben die Zeitzer Neuesten Nachrichten die Meldung in die Welt gesetzt, der Totschläger sei Vorsitzender eines sozialdemokratischen Turnvereins, die Telegraphenbureaus Hirsch und Herold haben die Nachricht eifrigst aufgenommen und in einer ganzen Reihe von Ordnungsblättern ist sie der Spießer anderen Tages lesen, daß wieder ein „sozialdemokratischer Mörder" und dazu ein grauser Fall sozialdemokratischen Terrorismus zu verzeichnen sei.

Die Lüge hat diesmal sehr kurze Beine. Der Arbeiter Rosenberg ist nämlich nicht nur nicht Vorsitzender eines „sozialdemokratischen", soll heißen Arbeiterturnvereins, sondern er ist vielmehr Vorsitzender der deutschen Turnerschaft zu Holstein, also eines Vereins, der den Arbeiterturnvereinen, die die Gegner sozialdemokratische Turnvereine nennen, aufs Feindlichste gegenübersteht!

Der Vorsitzende eines solchen paternierten Vereins konnte natürlich weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert sein, ja er empfand es geradezu als eine Beleidigung, wenn er als Arbeiter bezeichnet wurde!

Trotzdem wird man jener Lüge noch oft begegnen.

Begnadigt. Halle, 27. Mai. (H. T.-B.) Der wegen Duells vergebens mit Festungshaft bestrafte Bürgermeister Hartmann in Wallerhausen hat vom Kaiser einen Straferlaß erfahren.

Kleine politische Nachrichten. Der braunschweigische Landtag stimmte in seiner Sitzung am Montag dem Antrage auf Steuerbefreiung für den künftigen Regenten zu und bewilligte darauf die Zivilliste in der bisherigen Höhe. Dann schlug Staats-